

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder
des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses

des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.komsanet.de

IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Herr Baier
Durchwahl: 0391 5924-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
00-00-60 / ba-kr

Datum
15.11.2016

Niederschrift

der 48. Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses am 12.10.2016
im Alten Rathaus der Stadt Bernburg (Talstadt), Markt 17, 06406 Bernburg (Saale)

Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 13:30 Uhr

Anwesenheit:
s. Anwesenheitsliste

Zu TOP 1 – Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Oberbürgermeister Küper, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Er bedankt sich dann bei Herrn Prof. Schmidt für die Einladung des Ausschusses in das Gebäude der Hochschule Anhalt nach Bernburg und bei Herrn Prof. Dr. Pauk für die Versorgung der Teilnehmer mit Essen und Getränken.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Er stellt daraufhin die mit Schreiben vom 27.09.2016 versandte Tagesordnung als genehmigt fest.

Zu TOP 2 – Genehmigung der Niederschrift zur 47. Sitzung am 13.04.2016

Es gibt keine Anmerkungen zu dieser Niederschrift. Der Vorsitzende stellt sie daher als genehmigt fest.

Zu TOP 3 – Diskussion zur Zukunft des ÖPNV in Sachsen-Anhalt

Der Vorsitzende informiert, dass sich die Teilnehmer in der vorangegangenen Sitzung darüber verständigt hatten, das Thema ÖPNV in der nächsten Sitzung vertieft zu behandeln und dazu die wesentlichen Akteure des ÖPNV in Sachsen-Anhalt einzuladen. Er begrüßt dann die Gäste:

- Herrn Ron Böhme vom Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV)
- Herrn Werner Faber vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)
- Herrn Stefan Karnop vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (MLV)
- Herrn Peter Panitz von der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt (NASA)
- Herrn Peter Weiß vom Landkreistag Sachsen-Anhalt (LKT)

und bedankt sich für ihre Teilnahme an der Sitzung.

Er bittet dann Herrn Karnop um ein Impulsreferat.

Herr Karnop schildert zunächst die schwierigen Verhandlungen zur Weitergewährung der Regionalisierungs- bzw. Entflechtungsmittel durch den Bund an die Länder. Die Länder hätten auch untereinander über die Verteilung der Mittel gestritten. Im Ergebnis habe man sich darauf verständigt, dass der Bund zukünftig 8,2 Mrd. EUR pro Jahr nach dem sogenannten „Kieler Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Danach erhalte Sachsen-Anhalt bis 2021 mehr Mittel, als für den ÖPNV benötigt würden. Danach gingen die Mittelzuweisungen für Sachsen-Anhalt jedoch deutlich zurück.

Im Ergebnis erhalte Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2031 insgesamt rd. 80 Mio. EUR weniger, als nach derzeitiger Gesetzeslage. Dieser Einschnitt sei jedoch plan- und verkraftbar. Die Aufgabenträger des ÖPNV müssten sich allerdings frühzeitig darauf einstellen. Schließlich seien die ihnen zugewiesenen Mittel nach ÖPNV-Gesetz LSA an die Mittelzuweisungen des Bundes geknüpft. Derzeit setze das Land Sachsen-Anhalt auch Entflechtungsmittel für die Revitalisierung von Bahnhöfen und zur Schaffung von Barrierefreiheit ein. Zukünftig sei ungewiss, ob das Geld dafür reiche. Er stellt dann dar, dass aus Sicht des MLV mehr Geld in das System ÖPNV gegeben werden müsse. Auch die Nutzer müssten verstärkt in eine Finanzierung des ÖPNV einbezogen werden. Dazu gebe es gute Überlegungen im MDV.

In diesem Zusammenhang könne man auch darüber nachdenken, eine ÖPNV-Abgabe von allen Einwohnern zu erheben. Das ÖPNV-System insgesamt sollte nach seiner Ansicht verbessert werden. Dies bedeute eine bessere Verknüpfung von Bahn- und Busverkehren, die bessere Nutzung der technischen Möglichkeiten sowie eine verbesserte Anschlusssicherung für die Benutzer von Reiseketten im ÖPNV. Der ÖPNV müsse näher an die Bürger herangebracht werden, ihn dort abholen, wo er den ÖPNV nachfrage. Die Wegebeziehung zur nächsten Haltestelle solle daher nicht mehr als 1.000 m betragen. Ziel müsse die „Feinerschließung“ sein. Wichtig sei das Lernen über Modellprojekte wie zum Beispiel „AMPER (Betreuter Anschluss mit persönlicher Navigation)“, was derzeit von der NASA erprobt werde.

Der ÖPNV müsse darüber hinaus seinen Vorbildcharakter für die Energiewende und Emissionsverringerung stärken. Das Land werde daher Richtlinien zur Förderung von Elektromobilität erlassen. Darüber könnten zum Beispiel auch Elektro- und Gasbusse gefördert werden.

Herr Baier fragt, ob die Landesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung den Ausbildungsverkehr aus eigenen Landesmitteln und nicht mehr aus Entflechtungsmitteln finanzieren werde? Herr Karnop antwortet, dass die Ausbildungsverkehre in den Jahren 2017 und 2018 noch aus Regionalisierungsmitteln finanziert werden sollen. Dafür wolle das Land Mittel verwenden, die von den SPNV-Aufgabenträgern wegen nicht vertragskonformer Auftragserfüllung zurückgefordert werden. Ab dem Jahr 2019 solle der Ausbildungsverkehr aus originären Landesmitteln finanziert werden.

Frau Dr. Hagenau fragt, ob die Straßenbahnlinie 5 als „landesbedeutsame Linie“ gefördert werden könne? Hierzu führt Herr Panitz aus, dass es sich dabei um eine Überlandstraßenbahnlinie handele, für deren Betrieb die HAVAG mehr Geld verlange. Das Land habe eine Finanzierung über Bahn-Bus-Landesnetz Mittel abgelehnt, da Leuna nur ein Grundzentrum sei. Außerdem diene die Haltestelle „Leuna Nord“ nur den Werksmitarbeitern und wurde von der Öffentlichkeit nicht genutzt, weil sie zu weit außerhalb liege. Darüber hinaus habe der Saalekreis in den vergangenen zwei Jahren deutlich mehr Geld für die Sicherstellung des ÖPNV erhalten. Dieses könne für die Aufrechterhaltung der Linie 5 genutzt werden. Frau Dr. Hagenau führt aus, dass die HAVAG die Taktzeiten schon reduziert hat. Ein Bedarf für besseren ÖPNV-Verkehr sei aufgrund der in Leuna-Nord vorhandenen 22.500 qm Bürofläche vorhanden. Diese Überlegungen würden vom Land jedoch torpediert.

Der Vorsitzende informiert, dass der ÖPNV in der Kernstadt Naumburg unproblematisch sei. Allerdings sei eine Bedienung der 31 Ortsteile Naumburgs schwierig. Er fragt, welche Möglichkeiten es hier zur Verbesserung gebe?

Herr Braumann informiert über das Projekt „Mobilität im Salzlandkreis“. Dieses basiere auf einer Studie der NASA. Ziel sei es, mit geringen Umbaumaßnahmen Taktung und Mobilität deutlich zu verbessern. Allerdings sei vor Abschluss dieses Projektes bereits das neue Projekt „Verbesserung der Mobilität im Salzlandkreis“ gestartet worden. Er spricht sich dafür aus, weniger Studien und Projektarbeit zu bezahlen, sondern mehr Geld in die praktische Umsetzung und Verbesserung zu geben.

Herr Karnop ist der Auffassung, dass die Kommunen dem ÖPNV eine höhere Priorität einräumen müssten. Gegebenenfalls seien dafür andere Wünsche vor Ort zurückzufahren. Die Aufgabenträger könnten auch über die Einführung eines Ortsbus-Systems nachdenken, um die Fahrgäste an die Haltestellen des Linienverkehrs heran zu befördern.

Der Vorsitzende verweist auf die angespannte Finanzlage der Kommunen. Nach seiner Einschätzung ist kein Geld für freiwillige Leistungen wie die Bezahlung von Ortsbussen in den Haushalten vorhanden. Verbesserungen seien jedoch möglich, wenn Bedarfe und Pläne besser zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und den Landkreisen abgestimmt würden.

Der Vorsitzende bittet anschließend Herrn Panitz um ein Statement. Herr Panitz stellt zunächst die NASA vor. Die NASA sei eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Landes und koordiniere für das Land den SPNV, betreibe die Fahrplanauskunft INSA, führe Projekte wie zum Beispiel AMPER durch und erstelle den ÖPNV-Plan für das Land Sachsen-Anhalt. Er führt dann aus, dass die Planung des ÖPNV den demografischen Wandel berücksichtigen müsse. Die Oberzentren Halle und Magdeburg würden leicht wachsen, die anderen Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt verlören weiterhin Einwohner.

Der ÖPNV sei ein wichtiger Haltefaktor vor Ort. Ziel müsse es daher sein, ein Grundgerüst des ÖPNV zu erhalten und dieses bei Bedarf auszubauen. Die Neuvergabe von Netzen werde immer an den Einsatz modernerer Fahrzeuge und die Verbesserung der Angebote geknüpft

Allerdings beeinträchtigten die derzeit stattfindenden Baumaßnahmen die Qualität des ÖPNV merklich. Auf lange Sicht sei es aber gut, dass die Deutsche Bahn in Sachsen-Anhalt viel Geld für die Verbesserung des Güter- aber auch des Personenverkehrs ausbebe. Das Bahn-Bus Landesnetz solle in Zusammenarbeit mit den Landkreisen ausgebaut werden. Wichtig sei hierbei die Setzung von Prioritäten und Hierarchien, eine Achsenerschließung müsse vor Flächenerschließung gehen. In der Fläche seien flexible Bedienformen wirkungsvoller. Er informiert über das Projekt „Verbesserung der Mobilität im Salzlandkreis“. Hier solle eine neue Mobilitätsachse unter Wegfall von Parkplätzen geschaffen werden. Eventuell könnten für erforderliche Umbaumaßnahmen Städtebaufördermittel in Anspruch genommen werden.

Herr Panitz informiert dann über ein Nahverkehrsprojekt im Burgenlandkreis, das Schnittstellenprogramm des Landes sowie die Revitalisierung von Empfangsgebäuden und nennt dafür Beispiele in Zeitz, Weißenfels, Wolmirstedt und Bad Kösen. Er plädiert für eine Ausweitung der Verkehrsverbünde. Derzeit fänden dazu Diskussionen in den Altmarkkreisen und dem Landkreis Wittenberg statt. Ein großes Thema für den ÖPNV sei die Digitalisierung. So würden die Echtzeit-Auskunft INSA, die Anschlusssicherung über AMPER sowie das E-Ticketing für spürbare Verbesserung sorgen. Die Verkehrsverbünde MDV und MAREGO verfügten über entsprechende Angebote.

Der Vorsitzende stellt dar, dass die Universitäten in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt bei verschiedenen Themen gut zusammenarbeiten. Er fragt, ob auch länderübergreifende Verkehrsverbünde möglich seien? Herr Panitz informiert, dass es dazu eine länderübergreifende Arbeitsgemeinschaft gibt, aber mit einer mittelfristigen Lösung nicht zu rechnen sei.

Herr Weiß hält es für wichtig, dass die Gemeinden mit den Landkreisen vertrauensvoll über Probleme im ÖPNV reden. SGSA und LKT würden beim Thema ÖPNV gemeinsame Positionen gegenüber dem Land vertreten. So sei zur Verbesserung des ÖPNV eine bessere Mittelausstattung desselben nötig. Derzeit gäben das Land ca. 80 Mio. EUR und die Landkreise 60 Mio. EUR pro Jahr für ÖPNV-Leistungen aus. Der ÖPNV sei eine Pflichtaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte, aber das Land missachte bei der Finanzierung die Konnexität und drücke sich um eine ausreichende Finanzierung. Die im ÖPNV-Gesetz festgeschriebene Kopplung der ÖPNV-Finanzierung an die Auszahlung der Regionalisierungsmittel des Bundes sei von SGSA und LKT nicht gewollt. Das Land müsse den Aufgabenträgern im Rahmen der Konnexität ausreichend Mittel für den ÖPNV bereitstellen. Ohne angemessene Mittelausstattung könne das ÖPNV-Angebot kaum verbessert werden.

Herr Faber hält alles was bisher gesagt wurde für wichtig. Er verweist darauf, dass Kommunen, MLV und die Verkehrspolitik die gleichen Ziele verfolgen würden. Hinsichtlich der Finanzierung des Ausbildungsverkehrs in Sachsen-Anhalt sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Er hebt dann hervor, dass der ÖPNV einen großen Beitrag zur Verbesserung des Klimas, zur Verringerung des Feinstaubes, zur Energieeinsparung und insgesamt zur Verbesserung der Lebensqualität leisten könne. Allerdings betrage der Modal Split in Sachsen-Anhalt derzeit nur 6 %. (Anmerkung: Modal Split bezeichnet die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel. Er beschreibt das Mobilitätsverhalten von Personen. Die Zahl bedeutet, dass in Sachsen-Anhalt nur 6 % aller Wege mittels ÖPNV zurückgelegt werden.) Er meint dann, dass eine ÖPNV-Abgabe politisch schwer durchzusetzen sein werde.

Wichtig sei vielmehr eine bessere Ausrichtung des ÖPNV auf die Bedarfe des Landes Sachsen-Anhalt. Nach seiner Auffassung sei dazu die Beibehaltung bzw. der Aufbau starker, schneller Linien unumgänglich. Eine Feinerschließung sei hingegen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

Eine deutliche Verbesserung der Mobilität könne der Aufbau einer Plattform mit gebündelten Verkehren unter Einbeziehung des motorisierten Individualverkehrs bringen. Herr Panitz informiert, dass zu Fuß gehen und Radfahren bei einer Feinerschließung berücksichtigt würden. Die NASA baue derzeit eine Plattform unter Einbeziehung des nicht motorisierten und motorisierten Individualverkehrs auf.

Der Vorsitzende hält es für wichtig, mehr Bürger für das Radfahren zu begeistern. Dies werde teilweise vor Ort in den Städten und Gemeinden schon umgesetzt.

Herr Malnati fragt, wie der motorisierte Individualverkehr in die ÖPNV-Planung integriert werden könne? Herr Faber antwortet, dass Flinkster, Uber, CleverShuttle, BlaBlaCar und andere Anbieter in verschiedene Projekte schon integriert wurden. Mangels gesetzlicher Regelung sei dies bisher allerdings eine rechtliche Grauzone. In den USA sei es mittlerweile üblich, dass Private in den Städten Transportdienstleistungen unter anderem für Reisende erbringen würden.

Anschließend stellt Herr Böhme den Mitteldeutschen Verkehrsverbund vor. Anhand eines PowerPoint-Vortrages, der als **Anlage** dieser Niederschrift beigelegt ist, erläutert er das Verkehrskonzept „Muldentale in Fahrt“. Der MDV sei der Auffassung, dass attraktive Städte einen attraktiven ÖPNV bräuchten. Teilweise sei es für Reisende schwer, Haltestellen zu erreichen. Der ÖPNV sei auf den Schülerverkehr ausgerichtet. Aber nur 10 % der Bevölkerung seien Schüler. Allerdings machten die Schüler 80 % des Fahrgastaufkommens im ÖPNV aus. Damit ergebe sich die Situation, dass 80 % der Mittel für den ÖPNV für 10 % der Bevölkerung aufgewendet werden. Der MDV halte die Feinerschließung für wichtig, um neue Nutzer für den ÖPNV zu gewinnen. In den Projekten des MDV werde der Schülerverkehr in das sogenannte „PlusBus Angebot“ integriert.

Damit dieses Angebot erfolgreich werde, brauche es ein besseres Marketing, neue Fahrzeuge und einfache Linienläufe. In dem Modellprojekt „Muldentale in Fahrt“ sollen 70 % aller Einwohner im Einstundentakt bedient werden. Der Landkreis Leipzig habe beschlossen, die dafür notwendigen Mehraufwendungen auszugleichen. Erforderlich sei zunächst, mehr Haltestellen zu schaffen. Am Beispiel Brandis erläutert er, dass derzeit nur 840 von 9.000 Einwohnern im Bereich einer Haltestelle wohnen. Wenn das Konzept umgesetzt sei, würden 7.000 Einwohner Zugang zu einer Haltestelle in der Nähe haben. Als größtes Problem habe sich erwiesen, Haltestellen genehmigt zu bekommen. Derzeit würden aus verschiedenen Gründen nur drei Haltestellen pro Jahr genehmigt. Notwendig seien insgesamt 130 neue Haltestellen allein im oben genannten Modellprojekt. Er schlägt vor, mehr mobile Haltestellen auszuprobieren. Es werde sich zeigen, ob die Bevölkerung diese annehme. Diese mobilen Haltestellen müssten nicht barrierefrei sein.

Der Vorsitzende meint, dass die Kosten zur Herstellung der Barrierefreiheit an Haltestellen immens seien. Herr Böhme führt aus, dass der MDV derzeit eine Leitlinie „Barrierefreiheit“ mit den Betroffenenverbänden abstimme. Herr Karnop ergänzt, dass das Land Sachsen-Anhalt ein Haltestellenkonzept erarbeiten und mit Geld unterstützen werde.

Das Personenbeförderungsgesetz sehe Ausnahmen von der Barrierefreiheit vor und die Ausweitung des Haltestellennetzes sei eine gute Lösung zum Abbau der Barrieren durch Distanzverkürzung. Die Neuschaffung von Haltestellen halte er für wichtiger als den Ausbau der Infrastruktur und die Neubeschaffung moderner Fahrzeuge. Wichtig sei allerdings, die Haltestellenkonzepte mit den Betroffenenverbänden abzustimmen.

Herr Schmidt fragt, wann sich die Kosten für 130 neue Haltestellen amortisieren? Herr Böhme berichtet, dass das neue Konzept zunächst drei Jahre erprobt werden solle. Derzeit betrage die ÖPNV-Nutzung 4 %. Ziel sei eine Ausweitung der Nutzung auf 6 % aller zurückgelegten Wege, dann würde sich das Projekt rechnen. Er stellt dar, dass durch die Feinerschließung in Marktleebenberg die Nutzung des ÖPNV um 30 % erhöht werden konnte.

Der Vorsitzende hält die vorgestellten Ideen für gut. Ein guter ÖPNV sei für die Kommunen unverzichtbar. Vor Ort könnten verschiedene Modelle ausprobiert werden, allerdings sei die Finanzierung dafür wichtig.

Herr Faber informiert, dass der VDV derzeit eine Broschüre zur Barrierefreiheit erarbeite.

Der Vorsitzende bedankt sich dann im Namen der Ausschussmitglieder bei Herrn Böhme, Herrn Faber, Herrn Karnop, Herrn Panitz und Herrn Weiß für ihre Redebeiträge und wünscht Ihnen einen angenehmen Heimweg.

Zu TOP 4 – Positionspapier „Städtebauförderung“

Der Vorsitzende berichtet, dass das Positionspapier im Präsidium positiv aufgenommen und beschlossen wurde. Er schildert das im Präsidium besprochene Problem der Verbandsgemeinde Wethautal. Dort hatte eine Mitgliedsgemeinde Städtebaufördermittel beantragt und will das Projekt von der Verbandsgemeinde umsetzen lassen. Dazu möchte die Mitgliedsgemeinde die Städtebaufördermittel an die Verbandsgemeinde weitergeben. Das Landesverwaltungsamt habe angekündigt, die Verbandsgemeinde wie einen Dritten zu behandeln und auf einen 15 % höheren Eigenanteil zu bestehen.

Die Ausschussmitglieder halten diese Auffassung für falsch und meinen, dass die Verbandsgemeinde nicht anders als eine Mitgliedsgemeinde und schon gar nicht als Dritter behandelt werden sollte. Der Ausschuss spricht sich dann dafür aus, dieses Einzelproblem nicht in das Positionspapier aufzunehmen. Dieses sollte bilateral in dem geplanten Gespräch zwischen dem SGSA und Herrn Minister Webel geklärt werden.

Herr Hermann weist auf die unterschiedlichen Fristen in den verschiedenen Förderrichtlinien des Landes hin. Außerdem sei die Zweckbindungsfrist für Städtebaufördermittel auf 25 Jahre erhöht worden. Bedeute dies, dass geförderte Maßnahmen 25 Jahre lang nicht zurück gebaut werden dürften? Der Ausschuss spricht sich nach kurzer Diskussion gegen die Verlängerung der Zweckbindungsfristen aus. Auch müssten die Förderrichtlinien deutlich entbürokratisiert werden, insbesondere im Hinblick auf das Vergaberecht.

Herr Malnati gibt zu bedenken, dass sich eine Stadt in 25 Jahren dynamisch entwickeln könne. Eine Neubebauung nach Abriss eines geförderten Gebäudes müsse deshalb möglich sein.

Frau Rauer hält das geltende Vergaberecht für viel zu bürokratisch. Sie bittet den SGSA, sich für eine Entbürokratisierung einzusetzen.

Der Ausschuss diskutiert, wer für die Verschärfungen der Vorschriften zulasten der Städte und Gemeinden verantwortlich sei. Einige Ausschussmitglieder schreiben dem Land und insbesondere dem MLV hierbei eine treibende Rolle zu.

Frau Dr. Hagenau berichtet, dass die Stadt Leuna in 2016 insgesamt 82 Ausschreibungen durchgeführt hat. Vielfach seien keine Angebote eingegangen. Dies liege an den bürokratischen Hemmnissen und den Erklärungen, die ein Bieter in einem offiziellen Vergabeverfahren abgeben müsse. Viele Firmen hätten derzeit so viel Aufträge, dass sie nicht an öffentlichen Vergabeverfahren teilnehmen, um so Aufwand zu sparen.

Herr Hermann bestätigt dies. Die Bürokratie sei wettbewerbsfeindlich. Kleine Firmen würden überhaupt keine Angebote mehr abgeben. Herr Thaldorf berichtet über einen Kita-Neubau. Dort habe jeder Bieter im Vergabeverfahren insgesamt 56 Erklärungen abgeben müssen.

Der Vorsitzende regt eine vertiefte Befassung mit den Mechanismen der Fördermittelvergabe insbesondere bei europäischen Geldern an. Er habe den Eindruck, dass der Einsatz der Fördermittel zum Beispiel in Tschechien und Polen besser klappe als in Deutschland.

Zu TOP 5 – Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung

Herr Prof. Schmidt berichtet über Fortschritte seit der Sitzung vom 13.04.2016. Er hält dann einen PowerPoint-Vortrag, den er für den 10. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik vorbereitet hatte. Diese Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass kreatives Potenzial auch in kleineren Städten vorhanden sei. In Naumburg gebe es Quartiere, in denen mit herkömmlichen Mitteln keine Aktivierung möglich sei. Eventuell könne hier die Kreativwirtschaft helfen. Er bekundet für die Stadt Naumburg Interesse, an einem Programm mit diesem Schwerpunkt teilzunehmen.

Es folgt eine Diskussion zur Finanzierung der Eigenanteile für Förderprogramme. Dabei stellt sich heraus, dass dies für viele Städte und Gemeinden mittlerweile ein großes Problem ist.

Zu TOP 6 – Mitteilungen

Zu den mit dem Vorbericht übersandten Mitteilungen gibt es keine Fragen. Herr Baier informiert dann über den Zusammenhang zwischen Eigenstromverbrauch und Netznutzungsentgelten. Es gebe Dienstleister, die über größere Verbünde den Eigenstromverbrauch erhöhen würden. Dies bedeute auf der anderen Seite jedoch, dass die dadurch nicht gezahlten Netznutzungsentgelte von den übrigen Netznutzern getragen werden müssten.

Auf Nachfrage von Herrn Baier bitten die Ausschussmitglieder darum, die von Frau Rauer zur Verfügung gestellten Unterlagen des DStGB-Bauausschusses zukünftig per E-Mail über den SGSA zu erhalten.

Zu TOP 7 – Anfragen und Anregungen

Herr Baier berichtet über eine Frage der Hansestadt Stendal zur Nutzung des Flugplatzes Borstel für Veranstaltungen. Diese stehe im Spannungsfeld zwischen Bauordnungs- und allgemeinen Ordnungsrecht. Der Landkreis lehne bisher jede Verantwortung für diese Veranstaltungen ab. Von den Ausschussmitgliedern hat jedoch noch niemand Erfahrungen mit dieser Problematik gemacht.

Herr Schmidt bemängelt, dass die Bewertungsmatrix für STARK III-Vorhaben geändert wurde.

Zu TOP 8 – Verschiedenes

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen

Zu TOP 9 – Ort und Zeit der nächsten Sitzung

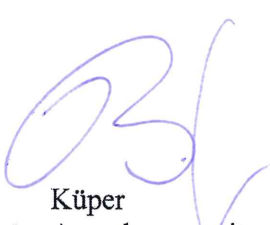
Der Vorsitzende berichtet, dass Herr Landesgeschäftsführer Leindecker mit Herrn Geschäftsführer Ballerstein von Abellio ein Gespräch geführt hat. Herr Ballerstein habe daraufhin den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss zu einer Sitzung nach Sangerhausen eingeladen. Dort bestehe auch die Möglichkeit, die dortige Abellio Niederlassung zu besichtigen.

Die Mitglieder sind damit einverstanden und verständigen sich darauf, die nächste Sitzung am 08.03.2017 bei Abellio in Sangerhausen durchzuführen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 13:30 Uhr.



Leindecker
Landesgeschäftsführer



Küper
Ausschussvorsitzender



Baier
Referent